

## Steuerkonsumenten

*Ein Vademekum für Politiker und öffentliche Bedienstete*

Seit vielen Jahrhunderten, vor allem seit Beginn der neueren Geschichte, gibt es so etwas, das man Staat bezeichnet. Anfänglich gab es den Staat in Form des Feudalherrn, des Königs, dann des Kaisers, in jüngerer Vergangenheit der Republik, der Diktatur oder des demokratischen Staates. Erinnern wir uns daran, was der Staat (wie wir ihn heute kennen) eigentlich ist: *Er ist der territoriale Zwangsmonopolist mit der Letztentscheidungsmacht über alle Konflikte auf seinem Gebiet, und der Staat nimmt sich zudem das Recht, Steuern zu erheben.*

Ein solcher Staat ist keine auf Freiwilligkeit beruhende Einrichtung. In einem System der freien Märkte könnte er gar nicht entstehen. Hier gibt es nämlich nur freiwillige Kooperation, freiwillige, also keine erzwungenen, mit Zwang und Gewalt herbeigeführten Tauschakte. Der Staat, wie ihn Rothbard und Oppenheimer definieren, ist eine aggressive Institution, nach innen wie nach aussen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Wenn der Staat das territoriale Machtmonopol zur Letztentscheidung über alle Konflikte auf seinem Gebiet innehat, wenn er auch die Macht besitzt, Steuern zu *erheben (einschliesslich der Inflationssteuer)*, dann wird er *(beziehungsweise werden die Personen, die die Staatsmacht ausüben) selbstverständlich immer stärker von seinem Machtmonopol Gebrauch machen.*

Besitzer von Privateigentum und/oder Einkommensverdiener am Markt (Produzenten) werden gezwungen, «Politiker», «politische Parteien» und «öffentliche Bedienstete» zu subventionieren (Politiker und Regierungsangestellte *zahlen* keine Steuern, sondern werden aus Steuergeldern *bezahlt*). Um diese wichtige Tatsache zu erkennen, ist es nur notwendig, die Frage «Was würde passieren, wenn alle Steuern abgeschafft würden?» zu stellen. Würde dies z. B. bedeuten, dass jedermanns Einkommen sich von Netto (nach Steuern) auf Brutto (vor Steuern) erhöhen würde? Die Antwort ist eindeutig «Nein». Denn es wird derzeit etwas mit den eingetriebenen Steuern gemacht. Zum Beispiel werden sie dazu verwendet, die Gehälter der Regierungsangestellten zu bezahlen. Ihre Gehälter könnten unmöglich steigen, wenn die Steuern abgeschafft würden. Stattdessen würden ihre Gehälter auf Null fallen, was beweist, dass sie überhaupt keine Steuern bezahlen. «Wenn ein Bürokrat einen Lohn von Fr. 5.000 im Jahr erhält und Fr. 1.000 an «Steuern» an die Regierung bezahlt, ist es offensichtlich, dass er nur einen Lohn von Fr. 4.000 erhält und überhaupt keine Steuern bezahlt. Die Regierungsoberhäupter haben sich lediglich ein komplexes und verwirrendes Abrechnungsinstrument ausgesucht, damit es erscheint, dass er genauso Steuern zahlt wie jeder andere, der das gleiche Einkommen verdient»

Sobald dies einmal verstanden worden ist, wird offensichtlich, weshalb bestimmte Gruppen im öffentlichen Dienst fast immer und gleichermassen für höhere Steuern sind. Diese Steuerkonsumenten (oder Steuerfresser) finanzieren ihren Lebensunterhalt (oder Wohlstand) ausschliesslich durch die eingetriebenen Steuern.

Unternehmer (Kapitalisten) und ihre Angestellten können kein Einkommen verdienen, es sei denn, sie produzieren Güter und Dienstleistungen, die am Markt verkauft werden. Indem sie ein Gut oder Dienstleistungen bezahlen, beweisen Käufer (Konsumenten), dass sie dieses Gut oder die Dienstleistung *höher bewerten* als die Summe des Geldes, das sie im Gegenzug abgeben müssen. Im Gegensatz produzieren Politiker, Parteien und öffentliche Bedienstete nichts, was am Markt verkauft wird. Niemand kauft Regierungs«güter» oder «dienstleistungen». Sie werden produziert, und durch die Produktion entstehen Kosten, aber sie werden nicht ge- oder verkauft. Einerseits bedeutet dies, dass es unmöglich ist, ihren Wert zu bestimmen und herauszufinden, ob dieser Wert die Kosten rechtfertigt oder nicht. Weil niemand sie kauft, zeigt niemand an, dass er meint, dass die Regierungsgüter und -dienstleistungen ihre Kosten wert sind, ja, ob er ihnen überhaupt einen Wert beimisst. Aus Sicht ökonomischer Theorie ist es völlig illegitim, anzunehmen, wie es immer in volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung getan wird, dass Güter und Dienstleistungen der Regierung so viel wert sind, wie ihre Produktion kosten, und diesen Wert dann einfach zum Wert der «normalen», privat produzierten (ver- und gekauften) Güter und Dienstleistungen hinzuzuaddieren, um durch z. B. zum Bruttoinlandprodukt gelangen. Man könnte genau so gut annehmen, dass Regierungsgüter und -dienstleistungen nichts wert sind oder sogar, dass sie nicht «Güter», sondern «Ungüter» sind und daher die Kosten der Politiker und des gesamten öffentlichen Dienstes vom Gesamtwert der privat produzierten Güter und Dienstleistungen *abgezogen* werden müssten. *Dies* anzunehmen wäre in der Tat gerechtfertigter.

Denn andererseits, was ihre praktische Implikation angeht, bedeutet die Subventionierung von Politikern und des öffentlichen Dienstes Subvention von «Produktion» mit wenig oder keiner Rücksicht auf das Wohlergehen der eigenen angeblichen Konsumenten und stattdessen mit viel oder alleiniger Rücksicht auf das Wohlergehen der «Produzenten», d. h. der Politiker und des öffentlichen Dienstes. Ihre Gehälter bleiben gleich, ob ihr Produkt den Konsumenten zufriedenstellt oder nicht. Entsprechend wird es als das Ergebnis der Ausweitung der Beschäftigung im «öffentlichen» Sektor zunehmende Faulheit, Gedankenlosigkeit, Inkompetenz, schlechte Dienstleistungen, Misshandlung, Verschwendung und sogar Zerstörung geben – und gleichzeitig immer mehr Arroganz, Demagogie und Lügen («Wir arbeiten zum Nutzen der Öffentlichkeit oder SO SCHÜTZEN WIR UNS»)

*Texte aus den nachstehenden Quellen entnommen*

#### **Weiterführende Literatur:**

**«Entweder Kapitalismus oder Sozialismus; ein Mittelding gibt es nicht»** *Ludwig von Mises*

- Ludwig von Mises – Der kompromisslose Liberale – *von Thorsten Polleit*
- Demokratie – Der Gott, der keiner ist – *von Hans-Hermann Hoppe*
- Des Teufels Geld – *von Thorsten Polleit*